



Ratzinger, um 2000



Castrillón

Der Papst wird tiefer in den Wirbel der Missbrauchsaffäre gezogen – allerdings nicht der amtierende. Die Vorwürfe richten sich gegen dessen Vorgänger Johannes Paul II. Ihm soll das Wohl seiner Priester oft wichtiger gewesen sein als das Seelenheil der Opfer. Offenbar gegen den Rat seines späteren Nachfolgers, des damaligen Kardinalpräfekten Joseph Ratzinger, hatte der Papst aus Polen Milde und Verständnis gegenüber beschuldigten Priestern gezeigt. Eine Äußerung des kolumbianischen Kardinals Darío Castrillón Hoyos könnte sogar die Heiligsprechung von Karol Wojtyła in weitere Ferne rücken. Der heute 80-jährige Castrillón hatte 2001 einem französischen Bischof Rückendeckung gegeben, weil der sich geweigert hatte, einen pädophilen Priester anzuzeigen. „Ich bin glücklich, einen Bischofskollegen zu haben, der lieber ins Gefängnis ginge, als einen seiner Söhne und Priester zu denunzieren“, schrieb der Kardinal damals. Der betreffende Priester wurde später wegen Vergewaltigung Minderjähriger zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Castrillón genießt in seiner Heimat hohes Ansehen. Er habe, so verteidigte sich der Kardinal, seinen Brief von Johannes

VATIKAN  
**Beflecktes Gedächtnis**



Johannes Paul II., 2000

Paul II. persönlich absegnen lassen. Der Papst habe das Schreiben gutgeheißen. Möglicherweise stand dahinter die eigene Erfahrung. Im Kommunismus war die Denunzierung von Priestern ein beliebtes Mittel von Geheimdiensten, um die Kirche zu schwächen. Johannes Paul II. hatte sich nie mit Missbrauchsoffern getroffen und auch nie eine Entschuldigung ausgesprochen, im Gegensatz zu seinem Nachfolger.

NAHOST

## Umstrittenes Erbe

In der Palästinensischen Autonomiebehörde hat der Kampf um die Nachfolge von Präsident Mahmud Abbas begonnen. Mehrere Kandidaten bereiten sich darauf vor, den 75-Jährigen, der erst kürzlich schwer gestürzt war, zu erben. Gute Chancen werden Premierminister Salam Fajad, 58, eingeräumt. Der einstige Weltbankmitarbeiter gilt als guter Manager. Die von ihm initiierten, weitgehend gewaltlosen Proteste gegen die israelische Besatzung werden bereits als Beginn einer „dritten Intifada“ bezeichnet. Fajad fordert zu Demonstrationen gegen den israelischen Sperrwall auf, propagiert den



Fajad (M.)

Boykott israelischer Produkte und Streiks palästinensischer Arbeiter in jüdischen Siedlungen. Auch Fajads Plan, 2011 die internationale Gemeinschaft um die einseitige Anerkennung eines Palästinenserstaates anzurufen, sollten die Verhandlungen mit Israel nicht fruchten, begrüßen viele seiner Landsleute. Die führende palästinensische Zeitung „al-Kuds“ nannte Fajad „den einzigen Kommandanten mit einem Plan“. Die Fatah-Partei von Abbas wird dem Nichtmitglied Fajad das Feld kaum kampflos überlassen. Als stärkster Konkurrent aus deren Lager gilt der ehemalige Sicherheitschef des Gaza-Streifens, Mohammed Dahlan. Der 48-Jährige vertritt die vergleichsweise junge Riege der Fatah, die auf mehr Einfluss drängt.

GROSSBRITANNIEN

## Aufwind für die Nationalisten

Auf der Insel steht die rechtsextreme British National Party (BNP) bei den Wahlen am Donnerstag möglicherweise vor einem Triumph. Parteichef Nick Griffin kandidiert im Stadtteil Barking and Dagenham im Nordosten Londons, sein Vize Simon Darby in einem heruntergekommenen Bezirk in den West Midlands. Zumindest einer von ihnen könnte als erster BNP-Abgeordneter überhaupt ins Unterhaus einziehen. In beiden Wahlkreisen schwächelt die seit Jahrzehnten dominierende und mittlerweile weithin unbeliebte Labour-Partei. Da am Wahltag in weiten Teilen Englands zudem Kommunalwahlen stattfinden,



LOCHONREY / GAMMA / STUDIO X

Für Papst Benedikt kommt die Castrillon-Affäre wie ein Geschenk des Himmels. Das Krisenmanagement im Vatikan sei bereit, so Ratzinger-Biograf John L. Allen, „das Ansehen von Papst Johannes Paul II. zu beflecken, um jenes von Benedikt XVI. zu retten“.

könnte die BNP auch dabei auftrumpfen. Im Rat von Barking dürfen die Rechtsextremisten erstmals auf die Mehrheit hoffen. Schon jetzt stellen sie in dem Bezirk die größte Oppositionspartei. Mit einem Sieg bei der Kommunalwahl würden sie die Verantwortung für 169 000 Einwohner und ein Budget von umgerechnet 173 Millionen Euro übernehmen. Anhänger ködert Extremistenführer Griffin mit absurden Versprechungen – indem er etwa Ausländer und „nichtweiße Briten“ mit einer Prämie von über 50 000 Euro zur Emigration bewegen will. Außerdem möchte er alle Einbürgerungen der vergangenen 13 Jahre überprüfen und teure Maßnahmen gegen den Klimawandel rückgängig machen. Dennoch ist Griffin in jüngster Zeit bei Wahlen überraschend erfolgreich: Seit 2009 sitzt er mit einem weiteren Kollegen für die BNP im Europaparlament.

USA

## Kaffee gegen Tee

Mit unerwartetem Erfolg formiert sich in den Vereinigten Staaten eine Gegenbewegung zur Tea Party der Rechten: die Coffee Party. Deren Mitgliederzahl steigt ebenso rapide an wie die ihrer konservativen Gegner, deren Heldin die ehemalige republikanische Vize-Präsidentschaftskandidatin Sarah Palin ist. Am letzten Samstag im März fanden schon fast 500 Coffee-Party-Treffen statt, im August soll es den ersten großen Parteitag geben. Begonnen hatte alles mit einem Facebook-Eintrag der 42-jährigen Dokumentarfilmerin Annabel Park. Im Januar hatte sie auf ihre Seite geschrieben, sie sei es leid, dass alle glaubten, „die



Tea Party repräsentiert das wahre Amerika“. Kurze Zeit später war die neue Bewegung geboren. Park, eine US-Bürgerin mit koreanischen Wurzeln, wollte ursprünglich nur engagierte, intelligente Bürger zusammenführen und auf zivile Tugenden statt auf Kampf setzen. Nun ist sie Chefin der Bewegung – und zur Hassfigur der Rechten geworden, die sie als „chinesische Agentin“ verunglimpft. Park hat einen erfahrenen Kämpfer an ihrer Seite, den früheren obersten Militärankläger für Guantanamo, Morris Davis. Der Ex-Oberst, der aus Protest gegen die Menschenrechtsverstöße durch US-Soldaten seinen Posten niederlegte, sieht in der Coffee Party das Gegengewicht zu einer „überdrehten Minderheit, die zu Veranstaltungen Waffen mitbringt und den Gegner diffamiert“.

KOREA

## „Großartige Revanche“

Zu einem internationalen Konflikt könnte sich der Untergang des südkoreanischen Patrouillenboots „Cheonan“ auswachsen. Die Regierung in Seoul hat China, Russland und Japan eingeschaltet, um mögliche Strafmaßnahmen gegen das Regime im Norden abzustimmen, das für die Tragödie verantwortlich sein soll. Das Boot war am 26. März nach einer Explosion auseinandergebrochen, 46 Seeleute starben. Südkoreanische Politiker vermuten, ein nordkoreanischer Torpedo habe die Korvette versenkt. Als Indiz verwies Seoul am Freitag auf ein geborgenes Aluminiumteil, das nicht vom Wrack stamme. Auch gemeinsam mit den USA ausgewertete Geheimdienstinformationen sollten auf einen Angriff hindeuten. Möglich ist aber auch, dass

die „Cheonan“ auf eine Seemine lief. Das Regime im Norden hat sich noch nicht geäußert, ein hoher Funktionär soll jedoch von einer „großartigen Revanche der heroischen Volksarmee gegen den Feind“ gesprochen haben. Der Fall zeigt, wie wenig Spielraum die Südkoreaner im Konflikt mit dem Norden haben: Zusätzliche Sanktionen des Uno-Sicherheitsrats dürften die Herrscher erfahrungsgemäß wenig beeindrucken. Südkorea kann sich auch keine militärische Vergeltung erlauben, das Risiko eines Krieges ist zu groß. Möglich wäre, sich aus der gemeinsamen Industriezone Kaesong in Nordkorea zurückzuziehen. Damit würde das Regime eine wichtige Einnahmequelle verlieren. Allerdings wäre dies auch mit Einbußen für Südkorea verbunden, das dort billig produzieren lässt. Zudem würde Seoul so China Gelegenheit bieten, seinen Einfluss auf Nordkorea zu verstärken.



Bergung des Hecks der explodierten „Cheonan“

HONG JIN-HWAN / AFP